

Interview mit Rolf Strauch, Chefökonom, ESM

Veröffentlicht im Die Presse 16. September 2017

Interviewerin: Raja Korinek

Die Presse: Herr Strauch, einige Politiker in Europa, darunter Finanzminister Hans-Jörg Schelling, haben sich zuletzt für einen europäischen Währungsfonds ausgesprochen, obwohl es ohnedies den Euro-Rettungsschirm ESM gibt. Was steckt hinter der Diskussion?

Rolf Strauch: Derzeit ist man noch weit von einem Konsens über die konkrete Ausgestaltung des Fonds entfernt. Allerdings möchte man künftig im Fall einer neuen Krise ohne Hilfgelder vom Internationalen Währungsfonds auskommen können. Der Europäische Währungsfonds könnte dann auch mehr Verantwortung für die Konditionalität von Krisenprogrammen in der Eurozone übernehmen.

Wäre die Gründung eines Europäischen Währungsfonds zugleich ein Schritt hin zur Emission gemeinsamer Eurobonds?

Die Fonds-Gründung hat nichts mit Eurobonds zu tun. Vielmehr geht es in den Diskussionen um die Frage, wofür der Währungsfonds künftig bei der Krisenbewältigung zuständig wäre. Zurzeit teilt er die Verantwortung bei Rettungsprogrammen mit der EU-Kommission, der EZB und dem IWF.

ESM-Chef Klaus Regling wiederholte vor wenigen Wochen die Notwendigkeit einer gemeinsamen Einlagensicherung für Banken in der Eurozone. Manche Kritiker befürchten dann aber eine sorglosere Kreditvergabe durch einige Institute.

Das halte ich für unbegründet. Inzwischen wurde eine europäische Bankenaufsicht geschaffen und somit gibt es einheitliche, strenge Vorgaben. Mit dem europäischen Abwicklungsausschuss wird zudem sichergestellt, dass sich Gläubiger im Fall einer Bankenpleite an den Abwicklungskosten beteiligen. Eine gemeinsame Einlagensicherung wird man erst dann einführen können, wenn die Probleme der vergangenen Krisen, vor allem die faulen Kredite, abgebaut sind. So kann sichergestellt werden, dass es keine einseitigen Risiken gibt. Die Einlagensicherung schützt vor allem die kleinen Sparer, indem sie Spareinlagen bis zu 100.000 Euro absichert.

Das sind sie doch schon jetzt in den einzelnen Mitgliedsstaaten?

Hier geht es auch um effizientere Lösungsansätze. Eine gemeinsame Versicherung ist effizienter als wenn jedes Land seine eigenen Systeme beibehält. Schließlich ist es so gut wie ausgeschlossen, dass alle Banken in allen Ländern gleichzeitig auf die Mittel zugreifen. Das kann man sich ein wenig wie eine Krankenversicherung vorstellen, bei der sich auch nicht jeder einzeln, sondern in einer Gemeinschaft absichert. Außerdem geht es langfristig um die Herstellung gleicher Bedingungen in der Bankenunion auch in dieser Hinsicht.

Viel wurde auch über Italiens Schuldenlast diskutiert. Wie ernst ist die Lage?

Italiens Volkswirtschaft ist sehr stabil, allen früheren Unkenrufen zum Trotz. Es konnte sich über die gesamte Krise hinweg am Kapitalmarkt refinanzieren. Die aktuellen niedrigen Zinsaufschläge

bestätigen das. Die Wirtschaft wächst schneller im Zuge des Aufschwungs des Euroraums, und der Haushaltsaldo weist einen Primärüberschuss auf. Auch ein Zinsanstieg kann durch weitere Konsolidierung abgefangen werden. Italien ist der drittgrößte Anteilseigner des ESM, und hat uns erlaubt, in der Krise anderen Ländern zu helfen. Wir vertrauen weiterhin auf die Stabilität der italienischen Wirtschaft. Weitere Reformen, die das Wachstum vorantreiben, sollten Italien erlauben, seine Schulden nachhaltig zu senken.

Seit dem Vorjahr haben Finnland und Österreich kein AAA-Rating mehr, Frankreich hat die Bestnote 2013 verloren. Ein Grund zur Sorge?

Diese drei Länder sind eine Stütze der Kreditwürdigkeit des ESM. Es ist nichts Ungewöhnliches, dass Schulden und Haushaltsdefizite in schweren Wirtschaftskrisen wachsen, und die Ratings sich somit verschlechtern können. Das passierte ja auch in den USA. Mit dem aktuellen Aufschwung verbessern sich aber auch die Ratings wieder. Bereits Ende 2015 haben beispielsweise die Niederlande die Bestnote zurückerhalten.

Die aktuelle Nullzinspolitik der EZB kommt hoch verschuldeten Ländern zugute. In anderen Ländern wie Österreich und Deutschland steigt die Inflation hingegen recht zügig an. Wie lange kann die Divergenz anhalten?

Geldpolitik ist Sache der EZB. Meine persönliche Meinung ist, dass sich die Geldpolitik allmählich normalisieren dürfte. Die Zinsen werden nicht ewig bei Null Prozent verharren. Divergenzen beim Wachstum und der Inflation innerhalb eines Währungsraumes wird es aber immer geben, sie zeigen sich etwa auch bei den Regionen in den USA. Aktuell ist das Wachstum und die Inflation in den Euroraum-Ländern wieder sehr stark konvergiert. Es gibt unterschiedliche Mechanismen, um mit wirtschaftlichen Divergenzen umzugehen. Hierzu gehören unter anderem Mechanismen, die drohenden Überhitzungen entgegenwirken. Das kann beispielsweise eine Drosselung der Kreditvergabe durch die Banken umfassen. Auch die Gründung eines sogenannten Schlechtwetterfonds wäre eine Möglichkeit, um asymmetrische Entwicklungen zu bremsen. Mit dem Fonds könnte man jenen Ländern befristet und nach genau definierten Kriterien unter die Arme greifen, die in Rezessionen Unterstützung benötigen. Das sollte ohne permanente Transfers und ohne Vergemeinschaftung der Schulden gehen. Hierfür gibt es in den USA Beispiele.

Derzeit sind auch "Bitcoins" in aller Munde, Estland erwägt obendrein die Einführung einer eigenen Kryptowährung. Wann wird damit künftig der ESM aufgefüllt werden?

Das steht derzeit nicht auf der Agenda.